
Konvent der BürgermeisterInnen

KSD 20112450

ANTRAG

Der Hauptausschuss möge dem Stadtrat empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Beitritt der Stadt Ludwigshafen am Rhein zum Konvent der BürgermeisterInnen

Die Kommunen sind wichtige Akteure im Klimaschutz. Das hat auch die Europäische Kommission erkannt und im Januar 2008 mit dem Konvent der Bürgermeister/innen (Covenant of Mayors) eine Initiative zur Einbeziehung der Städte, der Oberbürgermeister/innen und der Bürger/innen im Kampf gegen den Klimawandel gestartet.

Ziel des Konvents der Bürgermeister/innen ist eine Selbstverpflichtung der europäischen Kommunen, die lokalen CO₂-Emissionen durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu reduzieren. Mit dieser Initiative soll insbesondere die Bedeutung der Kommunen für den Schutz des Klimas hervorgehoben werden.

Kernpunkt des Konvents ist eine Erklärung, in der sich die Kommune verpflichtet, über die Klimaschutzziele der EU hinauszugehen und in ihrem jeweiligen Gebiet die CO₂-Emissionen um mehr als 20 % zu reduzieren (Zeitraum: 1990 – 2020).

Im Einzelnen verpflichtet sich Ludwigshafen mit der Teilnahme am Konvent der Bürgermeister/innen:

- durch die Umsetzung eines Aktionsplans für nachhaltige Energie die CO₂-Emissionen um mindestens 20% zu senken
- innerhalb eines Jahres nach dem offiziellen Beitritt einen Aktionsplan vorzulegen
- städtische Strukturen einzurichten, um die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen
- die Bürger/innen und gesellschaftliche Akteure in den Aktionsplan einzubinden
- eine Übersicht über die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele zu erstellen
- mindestens jedes zweite Jahr nach Vorlage des Aktionsplans einen Umsetzungsbericht vorzulegen
- Erfahrungen mit anderen Kommunen auszutauschen
- Energie-Tage oder Städte-Konvent-Tage zu organisieren, um die Bürger unmittelbar an den Möglichkeiten einer intelligenteren Energienutzung teilhaben zu lassen und die lokalen Medien regelmäßig über die Entwicklungen bezüglich des Aktionsplans zu informieren
- an der jährlichen europäischen Konferenz der Bürgermeister für nachhaltige Energie für Europa teilzunehmen
- die Botschaft des Konvents in den geeigneten Foren zu verbreiten und weitere Bürgermeister/innen zu ermutigen, dem Konvent beizutreten.

Die Mitgliedschaft im Konvent wird beendet, bei:

- Nichteinhaltung der Frist für die Vorlage des Aktionsplanes für eine nachhaltige Energiepolitik
- Nichterfüllung des im Aktionsplan festgeschriebenen CO₂-Emissionssenkungsziels aufgrund einer nicht erfolgten bzw. unzureichenden Umsetzung des Aktionsplans
- Nichtvorlage eines Berichts in zwei aufeinanderfolgenden Jahren.

Mit dem „Integriertes Klimaschutzkonzept Ludwigshafen 2020“ und der Einsetzung eines Klimaschutzbeauftragten hat die Stadt Ludwigshafen die Voraussetzungen zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Konvent der Bürgermeister/innen geschaffen.

Ein ambitionierter Aktionsplan mit Maßnahmen zur Reduzierung der lokalen CO₂-Emissionen liegt vor. Es gilt – im Rahmen der Möglichkeiten – diese umzusetzen und somit die europäischen und auch nationalen Klimaschutzziele zur CO₂-Reduktion zu erreichen.

Auch die anderen Verpflichtungen wie zum Beispiel die Teilnahme an Energietagen, ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und die Information der Medien über Maßnahmen sind gelebte Realität. So wurde auf Initiative des Klimaschutzbeauftragten eine Arbeitsgruppe der Großstädte in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Die Veranstaltungen während der Ludwigshafener Klimawochen 2011 belegen die breite Unterstützung der Aktivitäten der Stadt Ludwigshafen.

Im Konvent haben sich mittlerweile fast 2200 europäische Städte und Gemeinden zusammengeschlossen, um mit einer gemeinsamen Strategie den Kampf gegen den Klimawandel aufzunehmen. In Deutschland haben bis jetzt 53 Städte den Konvent der Bürgermeister/innen unterzeichnet. Aus der Metropolregion sind bereits 11 Städte und Gemeinden Mitglied im Konvent der Bürgermeister/innen.

Im Rahmen des Projektes entstehen der Stadt Ludwigshafen keine zusätzlichen Kosten, die zusätzlichen Arbeiten werden vom Klimaschutzbeauftragten (federführend) übernommen.